Herr Willnecker von der FDP-Fraktion sagte hinsichtlich des Beschlussvorschlages, dass man die Unterzeichnung des Kommuniqués heute zur Kenntnis nehme. Das entsprechende Nutzungskonzept sei dem Ausschuss zwar seinerzeit vorgestellt worden. Ein Beschluss liege jedoch nicht vor. Insofern müsse seines Erachtens heute ein Beschluss gefasst werden, und nicht lediglich eine Kenntnisnahme.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass man heute nur zur Kenntnis nehme, unabhängig davon, was seinerzeit beschlossen worden sei.

Herr Puffe von der CDU-Fraktion sagte, dass in den verschiedenen Arbeitsgruppen sehr ausführlich beraten worden sei und festgestellt wurde, dass dies nun das sei, was man haben wollte. Dies sei auch so im Ausschuss dargestellt worden.

Hinsichtlich der in Punkt 3 der Anlage 1 der Sitzungsvorlage festgehaltenen Verpflichtung der RSAG, im Falle von Abweichungen gegenüber dem Nutzungskonzept andere Beteiligte frühzeitig zu informieren, sagte er, dass dann auch über Änderungen in der Planung neu beraten und abgestimmt werden müsste. Dies müsse seiner Ansicht nach noch ergänzt werden.

Er wies darauf hin, dass Frau Decking mehrfach habe durchklingen lassen, den Friedensvertrag langfristig auflösen zu wollen. Er möchte sicherstellen, dass das vorliegende Kommuniqué kein Ersatz für diesen Friedensvertrag sei und auch nicht sein könne.

Auch sei die Erstellung des Radweges seinerzeit mit aufgenommen worden, allerdings ohne Zeitschiene. Man gebe den BürgerInnen nun ein Stück Landschaft zurück. Insofern sollte die Erstellung des Radweges, auch in Verbindung mit dem Radverkehrskonzept, ein vordringliches Ziel sein. Dies sollte auch noch einmal mit aufgenommen werden.

Frau Bilgmann sagte namens der SPD-Fraktion, dass der Moderationsprozess in der Art seiner Führung genau der richtige Weg und vorbildlich gewesen sei. Man sehe der weiteren Entwicklung zuversichtlich entgegen und man hoffe, dass das gute Miteinander aller Beteiligten auch für die Zukunft erhalten werden könne.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sagte, dass man, auch vor dem Hintergrund einiger Schwierigkeiten in der Vergangenheit, mit dieser vertraglichen Vereinbarung nun sicherlich auf einem guten Weg sei. Er teile die Ansicht des Herrn Puffe, dass das Verhältnis des Kommuniqués zum Friedensvertrag in rechtlicher Hinsicht durchaus interessant sei. So sei festgehalten, dass die Stadt erkläre, dem Nutzungskonzept nach § 4 der Vereinbarung zwischen der Stadt und der RSAG aus dem Jahr 1994 zuzustimmen. Dies bedeute nach seinem Verständnis, dass die Stadt auf alle Rechte aus dem Friedensvertrag hinsichtlich dessen, wie dieses Nutzungskonzept aussehe, verzichte.

Herr Gleß führte aus, dass der alte Friedensvertrag nicht seine Gültigkeit verliere. Dieser habe auch solange Bestand, bis nicht alle drei Parteien äußerten, der Vertrag sei obsolet geworden. Insofern bedürfe es zur Umsetzung des städtebaulichen Gesamtwerkes nach wie vor Einzelfallentscheidungen, welche seitens der Stadt immer noch mit deren Gremien abzustimmen seien.

Es sei zu kurz gegriffen, immer wieder Einzelfallentscheidungen zu treffen, welche nicht

integraler Bestandteil einer Gesamtperspektive seien. Es habe immer einer gemeinsamen Gesamtperspektive bedurft, welche dann mit dem Kreis und der RSAG erstellt worden sei. Mit dem Kommuniqué verständige man sich nun darauf, dieses städtebauliche Gesamtkonzept entsprechend umzusetzen. Relevante Einzelfallentscheidungen würden jedoch, dem Friedensvertrag entsprechend, dem Ausschuss zur Diskussion und Entscheidung vorgestellt. Die Stadt gebe also keinerlei Rechte auf.

Hinsichtlich der Frage von Herrn Willnecker sagte er, er glaube sich zu erinnern, dass, bezogen auf die damals vorgestellten Ergebnisse, großes positives Einvernehmen bestanden habe, dass dies ein guter Weg für die Zukunft des RSAG-Geländes sei.

Herr Willnecker wies darauf hin, dass es sich bei dem seinerzeitigen Beschluss lediglich um eine Kenntnisnahme gehandelt habe. Vielmehr sei in Aussicht gestellt worden, dass der Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt darüber abstimmen sollte. Mit dem vorgestellten Kommuniqué solle die Stadt nun eine rechtlich verbindliche Vereinbarung treffen, über welches seines Wissens kein Gremium der Stadt Beschluss gefasst habe.

Herr Heickaus von der Fraktion AUFBRUCH! sagte, dass der Radweg gemäß der Sitzungsvorlage erst in 2018 fertiggestellt werden sollte. Er stelle die Frage, warum bis 2018 damit gewartet werde, das Tor an dieser Stelle zu öffnen. Dies gehe doch sicherlich auch zu einem früheren Zeitpunkt.

Herr Puffe wies darauf hin, dass die Seite der Sitzungsvorlage, auf welche Herr Heickaus soeben Bezug genommen habe, den Ausschussmitgliedern, welche ihre Einladung über das Ratsinformationssystem bezögen, nicht vorliege. Insofern korrigiere er seine Aussage, dass für die Fertigstellung des Radweges noch kein Termin existiere. Eine Fertigstellung im Jahr 2018 sei für ihn jedoch insofern in Ordnung, als dass die RSAG in der Diskussion ausgeführt habe, es solle sich hierbei nicht um eine Wegeverbindung parallel zur Straße handeln, sondern vielmehr gestalterisch dargestellt werden.

Herr Metz sagte, man habe als Ergebnis des Moderationsprozesses lediglich eine Strukturskizze zur Kenntnis genommen. Ihm stelle sich also die Frage, welche rechtliche Wirkung sich hinsichtlich des Punktes 4 der Vereinbarung ergebe, wenn die RSAG nun mit einem konkreten Bauvorhaben an die Stadt herantrete. Er bitte die Verwaltung, den Fraktionen zu dieser Frage noch eine juristische Einschätzung schriftlich zukommen zu lassen.

Herr Gleß schlug vor, noch einmal mit der RSAG und dem Kreis zu sprechen, um in die Vereinbarung einen entsprechenden Passus wie folgt einzufügen: „Die Bestimmungen des Friedensvertrages von 1994 gelten unverändert fort.“ Eine Änderung des Beschlussvorschlages sei hierfür nicht nötig, da die Vereinbarung vorher nicht unterschrieben werde.

Herr Metz bedankte sich für die Zusage der Verwaltung. Seine Frage ziele jedoch darauf ab, was sich, auch bei Fortbestand des Friedensvertrages, hinsichtlich von Einzelvorhaben der RASG für rechtliche Konsequenzen hinsichtlich des Punktes 4 ergäben. Insofern bitte er um eine kurze juristische Stellungnahme in schriftlicher Form.

Zum weiteren Vorgehen schlug Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion vor, den Tagesordnungspunkt vor dem Hintergrund der bestehenden Unklarheiten noch einmal im Rat zu thematisieren, zumal einigen Ausschussmitgliedern die Sitzungsvorlage nicht vollständig vorliege. So sei auch noch Zeit, die angesprochene juristische Prüfung vorzunehmen. Ihre Fraktion würde das Kommuniqué insofern heute nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Herr Metz sagte, dass die Frage der rechtlichen Qualität des Kommuniqués von entscheidender Bedeutung sei. Hieraus ergebe sich möglicherweise auch die Notwendigkeit eines Ausschuss- oder sogar Ratsbeschlusses über den Abschluss dieser Vereinbarung.

Der Ausschussvorsitzende sagte, dass die rechtlichen Fragen noch geprüft werden sollten. Insofern schlage er einen Verweis in den Haupt- und Finanzausschuss am 28.09.2016 vor.

Damit zeigte sich der Ausschuss einverstanden.